

**BM a.D. Dr. Marilies Flemming schlägt namens des Bundesvorstandes des
Österreichischen Seniorenbundes
dem 13. o. Bundesseniorentag
und der 18. o. Bundeshauptversammlung
folgenden**

**A N T R A G 16
(Europa)**

zur Annahme vor:

1) Ernennung von Europabeauftragten in allen Landesgruppen des Seniorenbundes und regelmäßige Information dieser Personen durch Veranstaltungen in der Politischen Akademie.

2) Der Österreichische Seniorenbund wird verstärkt Seniorinnen und Senioren über die Europäischen Union informieren, wie z.B. durch organisierte Besuche in die Vertretungen von Kommission und Europäischem Parlament in Wien.

3) Der Österreichische Seniorenbund möge sich für ein Gesetzesinitiativrecht des Europäischen Parlamentes einsetzen.

4) Der Österreichische Seniorenbund möge sich dafür einsetzen, dass alle österreichischen Minister nach jeder Ratssitzung die österreichische Bevölkerung in geeigneter Form informieren.

5) Der Österreichische Seniorenbund möge sich dafür einsetzen, dass für alle wichtigen „EU-Gesetze“ Beratungen in den zuständigen Ausschüsse des Nationalrates und des Bundesrates stattfinden, wobei allen österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament hier ein Rederecht einzuräumen ist.

6) Der ÖSB will die wirtschaftliche, kulturelle und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei weiter verstärken. Wir unterstützen daher das Konzept einer maßgeschneiderten Partnerschaft, denn die Türkei ist ein wichtiger Partner Österreichs und der EU.



Senioren: NICHT nur an der EU interessiert, wenn gerade Wahlen sind! Wir wollen unsere Zukunft selbst gestalten – auch in Europa!

Begründung:

Der Österreichische Seniorenbund setzt sich für eine stärkere Demokratisierung der Europäischen Union ein.

Die Analysen der Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni dieses Jahres haben einen erschreckenden Mangel an Information über die EU bei Funktionären und Mitgliedern des Seniorenbundes bzw. Seniorinnen und Senioren generell gezeigt, was großteils die erhöhte Ablehnung der EU als undemokratische und zentralistische Institution erklärt.

So besteht bei einer überwiegenden Mehrheit der älteren Generationen kein klares Bild über die Bedeutung der EU für unser Land und kein umfassendes Wissen über die konkreten Auswirkungen für unser aller Leben.

Will man diesen Fehlentwicklungen entgegenwirken, wird dies nur mit einer besseren Information der Bevölkerung und dem Einsatz für eine Öffnung und Demokratisierung der EU möglich sein. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu beitragen.